



**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

## **Stellungnahme**

### **der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di**

zum

Antrag Drucksache 21/583, Bündnis 90 / Die Grünen

### **Priorität für Pflege – Jetzt Sofortmaßnahmen ergreifen**

**Berlin, 6. Oktober 2025**

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Bundesverwaltung – Fachbereich Gesundheit,  
Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft  
Bereich Berufspolitik/Jugend  
Bereich Gesundheitswesen/Gesundheitspolitik  
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

## **Gesamteinschätzung**

Es ist dringend geboten, die soziale Pflegeversicherung (SPV) durch konkrete Sofortmaßnahmen zu stabilisieren, und die Weichen dafür zu stellen sie mittel- und langfristig auf ein nachhaltiges Fundament zu stellen. Hier darf nicht weiter wertvolle Zeit vergeudet werden. Denn die Situation ist ähnlich wie bei Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels – je mehr Zeit ins Land geht ohne dass Maßnahmen ergriffen werden umso teurer kommen Staat und Gesellschaft die dann notwendigen teilweise drastischen Reformen zu stehen. Es stellt sich durchaus die Frage, wann auch in der Langzeitpflege Kipp-Punkte erreicht sind.

Die bedarfsgerechte Versorgung pflegebedürftiger Menschen ist ein zentrales Element der Daseinsvorsorge und letztlich auch ein Faktor, der es anderen Branchen ermöglicht dringend benötigte Fachkräfte im Berufsleben zu halten. Dies wird in aktuellen Debatten leider oft vergessen. Daher begrüßt und unterstützt ver.di die Initiative der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen ausdrücklich. Es braucht mutige und grundlegende Weichenstellungen in der Langzeitpflege, die die Finanzierung solidarisch und zukunftsfest gestalten und eine bedarfsgerechte pflegerische Versorgung sicherstellen.

## **Zu den Regelungen im Einzelnen**

### **Zu Nummer 1**

ver.di unterstützt die Forderung, dass die versicherungsfremden Leistungen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuermitteln zu finanzieren sind. Zusammen mit der Erstattung der Corona-Mehrkosten (wie bei der GKV längst geschehen) kann die SPV kurzfristig stabilisiert werden und wird mittelfristig von Kosten befreit, die in der jetzigen Form vom Staat auf die Versicherten abgewälzt werden. Dies wäre ein erster wichtiger Schritt hin auf dem Weg die Gerechtigkeitslücke in der Pflegeversicherung zu verringern und zu der von ver.di geforderten Solidarischen Pflegegarantie, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt und in die jede\*r entsprechend des Einkommens einzahlt.

## Zu Nummer 2

Die extreme Profitorientierung und die Finanzstrategien der Fonds führen regelmäßig zu einer Verschuldung und einer erhöhten Insolvenzgefahr der Unternehmen und sozialen Einrichtungen sowie zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Leistungen.

Daher fordert ver.di:

- Gemeinnützige und kommunale Träger müssen in die Lage versetzt werden, wieder verstärkt in die pflegerische Versorgung zu investieren (z.B. Förderung und direkte Investitionen, Genossenschaften, ...).
- Zentrale Überwachung und Kontrolle der Entwicklung des Pflegesektors, um weitere Fehlentwicklungen zu erkennen und gegensteuern zu können.
- Strengere Qualitätskontrollen und Prüfung, ob verpflichtende Whistle Blower Systeme nach Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) eingeführt wurden.
- Kassen und Heimaufsicht sollten Transparenz der Finanzströme einfordern können. Ein pflegebedürftiger Mensch und die Solidargemeinschaft der Versicherten müssen, wissen, wohin ihr Geld fließt.
- Gewinne müssen in die pflegerische Versorgung reinvestiert werden. Daher muss der Versorgungsvertrag an die Gemeinnützigkeit gekoppelt werden.
- Geschäftsmodelle mit übersteigerten Renditezielen müssen reguliert werden, indem die Höhe der Gewinnausschüttung an die Eigentümer begrenzt wird. Die Obergrenze wird als Prozentsatz des Eigenkapitals bestimmt, nicht ausgeschüttete Gewinne sind separat zu verbuchen, sind im Unternehmen zu belassen und stehen damit für Reinvestitionen zur Verfügung.
- Eine Haftungspflicht für die Schulden der aufgekauften Unternehmen von Private Equity Firmen oder eine dauerhafte Unterbindung der Übertragung von Schulden auf gekaufte Unternehmen einführen, um das risikoreiche Geschäftsmodell einzugrenzen.

### **Nummer 3**

Um die vielen Erwerbstätigen mit Pflegeverantwortung zu unterstützen und um Anreize für eine geschlechtergerechte Inanspruchnahme von Pflegezeiten zu schaffen, müssen die Maßnahmen aus Pflegezeitgesetz und Familienpflegezeitgesetz aufeinander abgestimmt und dann zusammengeführt werden. ver.di setzt sich ein für die Einführung einer Entgelt-Ersatzleistung für bis zu sechs Monate, flexible Arbeitszeitarrangements und Arbeitsorte für die betroffenen Beschäftigten mit anschließendem Rückkehrrecht und eine angemessene Anrechnung auf die Rente.

### **Nummer 4**

Die Einbindung ist erfolgt, doch ist hier grundsätzlich das sehr kurzfristig angelegte Verfahren zu kritisieren, das es kaum ermöglicht eine fundierte Debatte zu führen. Die strukturierte Beteiligung in Gesetzgebungsverfahren ist die eine Seite, doch sind die Herausforderungen in der Langzeitpflege höchst komplex. ver.di setzt sich daher für einen gemeinsamen Innovationsdiskurs ein - nicht nur vor dem Hintergrund von Gesetzen - sonst laufen wir Gefahr Fragmentierungen zu reproduzieren, statt zukunftsfähige und solidarische Lösungen zu erarbeiten.